



HESSISCHER LANDTAG

17. 05. 2023

Bericht

Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz

nach § 6 Satz 3 des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen (Verfassungsschutzkontrollgesetz) für das Jahr 2022

Die Parlamentarische Kontrollkommission erstattet dem Landtag jährlich einen Bericht über die Durchführung sowie Art, Umfang und Anordnungsgründe der Auskunftersuchen und Maßnahmen nach den §§ 7, 9, 10 und 11 Abs. 2 des Hessischen Verfassungsschutzgesetzes (HVSG); dabei sind die Grundsätze des § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen zu beachten. Der Bericht umfasst den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022.

1. Im Berichtszeitraum wurden keine verdeckten Einsätze technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung nach § 7 HVSG durchgeführt.
2. Nach § 9 HVSG wurden drei Maßnahmen der Ortung von Mobilfunkgeräten im Bereich Islamismus durchgeführt.
3. Nach § 10 Abs. 1 HVSG wurden 84 besondere Auskunftersuchen gestellt. Die Maßnahmen dienten in elf Fällen der Bekämpfung des Rechtsextremismus und in 73 Fällen der Bekämpfung des Islamismus.
4. Nach § 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HVSG wurden drei besondere Auskunftersuchen gestellt. Die Maßnahmen dienten zur Aufklärung des Rechtsextremismus.
5. Nach § 10 Abs. 3 Satz 1 HVSG wurden 208 besondere Auskunftersuchen durchgeführt. Die Maßnahmen dienten in 80 Fällen der Bekämpfung des Rechtsextremismus, in 60 Fällen der Bekämpfung des Linksextremismus, in 64 Fällen der Bekämpfung des Islamismus, in einem Fall der Aufklärung des Extremismus mit Auslandsbezug, in zwei Fällen der Spionageabwehr und in einem Fall der Cyberabwehr.
6. Ein Auskunftersuchen nach § 10 Abs. 4 Nr. 1 HVSG wurde zur Aufklärung des Rechtsextremismus gestellt.
7. Nach § 11 Abs. 2 HVSG wurden acht länger als 48 Stunden oder an mehr als drei Tagen innerhalb einer Woche dauernde Observationen durchgeführt. Die Maßnahmen dienten der Aufklärung des Islamismus und des Rechtsextremismus.
8. Im Berichtszeitraum wurden zudem 61 Observationen nach § 11 Abs. 1 HVSG zur Aufklärung des Rechtsextremismus durchgeführt, 27 zur Bekämpfung des Islamismus, sechs im Bereich der Spionageabwehr, drei im Bereich Linksextremismus und eine im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug.

Wiesbaden, 17. Mai 2023

Der Vorsitzende:
Günter Rudolph